

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Ja mit Vorbehalt zum Weiterbildungsgesetz**

Solothurn, 3. April 2012 - Der Regierungsrat befürwortet in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) den Vorentwurf zum Bundesgesetz über die Weiterbildung. Den Wettbewerbsartikel, wie er im Vorentwurf umschrieben wird, lehnt er aber ab. Das Rahmengesetz positioniert die Weiterbildung in der schweizerischen Bildungssystematik richtig und regelt die wesentlichen Grundsätze.

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagene Umsetzung des Bildungsartikels der Bundesverfassung (Art. 64a BV). Das künftige Rahmengesetz soll die Weiterbildung in der schweizerischen Bildungssystematik richtig positionieren und die wesentlichen Grundsätze regeln.

Das neue Weiterbildungsgesetz nimmt die nötige Begriffsdefinition vor. Es bezieht sich demnach auf die sogenannte nicht formale Bildung als strukturierte Bildung ausserhalb der formalen, staatlich geregelten Bildung. Dem Staat kommt in der Weiterbildung grundsätzlich eine subsidiäre Rolle zu. Bund und Kantone unterstützen insbesondere die Initiative der Einzelnen, schaffen günstige Rahmenbedingungen, fördern Qualität, Transparenz und Durchlässigkeit sowie einen chancengleichen Zugang.

Der Regierungsrat lehnt den Wettbewerbsartikel, wie er im Vorentwurf umschrieben wird, aber ab. Unbestritten ist der Grundsatz, wonach staatliche Angebote den Wettbewerb nicht verfälschen dürfen. Hingegen wäre es – so der Regierungsrat - unverhältnismässig, in einem Grundsatzgesetz Vorschriften zum betrieblichen Rechnungswesen auf Stufe der einzelnen Institutionen zu machen. Bei der Weiterbildung besteht ein freier Markt, der in der Schweiz sowohl angebots- als auch nachfrageseitig gut funktioniert.

Die Einrichtung einer Weiterbildungskonferenz für die Koordination der von Bund und Kantonen geregelten und unterstützten Weiterbildung wird vom Regierungsrat unterstützt.